



Presseschau vom 18.04.2021

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info.*

Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: **Jagdtrophäen und KKK-Kostüme: Neue Daten zu Kriegsverbrechen australischer Soldaten in Afghanistan**

Ermordete Zivilisten, Leichenschändung und ausufernde Partys nicht nur mit befremdlichen Kostümen – während die australische Regierung es ihren NATO-Partnern gleichtut und den Abzug aus Afghanistan verkündet, enthüllen Medien neue Dokumente von Gräueltaten im Krieg. ...

<https://kurz.rt.com/2hje>

Falko Looff: **Berater der Bundesregierung bezeichnet Impfskeptiker als "Volksfeinde"**

In einer Kolumne für ein Onlineportal bezeichnet ein Berater der Bundesregierung Impfskeptiker als "Volksfeinde". Der Begriff wird später geändert. Eine Erklärung zu dem Vorgang oder einen Hinweis auf die Veränderung gab es jedoch nicht. ...

<https://kurz.rt.com/2hmb>

de.rt.com: **40.000 Tonnen Batterieschrott im Jahr: Wie ökologisch sind Batteriefabriken?**

Während in Bolivien, Chile und Argentinien die wasserintensive Ausbeutung des Rohmaterials Lithium vervierfacht wird, lassen Fertigungsmethoden und Schätzungen über Fehlproduktionen Böses erahnen. Studien zeigen: Was das vermeintlich saubere Elektroauto antreibt, ist alles andere als umweltfreundlich. ...

<https://kurz.rt.com/2hjf>

snanews.de: **Abstand auf Russland verkürzen: USA rüsten in Arktis auf**

Die USA wollen ihren Rückstand zu Russland im Wettlauf um die Arktis reduzieren. Vor einigen Tagen haben sich die US-Landstreitkräfte mit dem Rüstungsunternehmen Oshkosh Defense in Kooperation mit der Firma ST Engineering aus Singapur und BAE Systems auf die Entwicklung von Militärtechnik für die Gebiete hinter dem Polarkreis geeinigt. ...

<https://snanews.de/20210418/usa-ruesten-in-arktis-auf-1749703.html>

abends/nachts:

snanews.de: **Tschechien weist 18 russische Diplomaten aus**

Tschechien wird 18 russische Diplomaten des Landes verweisen. Dies teilt das örtliche Nachrichtenportal Novinky unter Berufung auf Innenminister Jan Hamáček mit.

Den betroffenen Diplomaten wird vorgeworfen, sie würden für russische Geheimdienste arbeiten. Sie müssten innerhalb von 48 Stunden das Land verlassen.

Konkret geht es um die Explosion in einem Munitionslager in der Ortschaft Vrbetice im Jahr 2014: Laut Premierminister Andrej Babiš werden russische Geheimdienste verdächtigt, dahinter zu stehen.

“Es besteht ein begründeter Verdacht der Verwicklung russischer Offiziere in die Explosion in dem Munitionslager in Vrbetice im Jahr 2014. Ein enormer Schaden ist entstanden”, so Babiš. “Aber vor allem sind dort zwei unserer Bürger ums Leben gekommen.”

Tschechien sei ein souveräner Staat und müsse auf diese Enthüllungen in entsprechender Form reagieren, betonte der tschechische Regierungschef.

Inzwischen hat Moskau auf diese Pläne reagiert. "Prag weiß ganz gut, was auf solche Tricks folgen wird", sagte die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa.

USA weisen russische Diplomaten aus

Am Donnerstag hatte die US-Regierung zehn russische Diplomaten ausgewiesen und eine Reihe neuer Sanktionen gegen Moskau verhängt. Als Grund wurden angebliche Hackerangriffe und Einmischungen Russlands in die US-Wahlen genannt.

Zudem wird US-Finanzunternehmen der Handel mit russischen Staatsschulden verboten, die ab Mitte Juni ausgestellt werden. Die Maßnahme werde die Kosten für Moskaus Schuldendienst erhöhen, zu Kapitalflucht führen und den Rubel und die russische Wirtschaft schwächen, sagte ein ranghoher Vertreter der US-Regierung.

Die US-Strafmaßnahmen blieben nicht unbeantwortet: Russland verbot acht US-amerikanischen Amtsträgern die Einreise und wies ebenfalls zehn US-Diplomaten aus. Zudem wurde US-Botschafter John Sullivan empfohlen, zu Konsultationen nach Washington zu fliegen.



https://cdn.snaneews.de/img/07e5/04/11/1751342_0:0:3211:1807_1440x0_80_0_0_88819cf21bc33cb5962e2fe4c22b2f20.jpg

snaneews.de: „Illiberaler Gegenpol“: Kramp-Karrenbauer wirft Moskau Bedrohung europäischer Sicherheit vor

Die deutsche Bundesverteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer hat bei ihrem Auftritt bei den Königsbronner Gesprächen der Konrad-Adenauer-Stiftung Russland vorgeworfen, die Sicherheit in Europa „konkret und unmittelbar“ zu gefährden.

Russlands „Hochrüstung“ und seine „Kriegsführung mitten in Europa“ hätten reale Bedrohungen geschaffen, behauptete die CDU-Politikerin am Samstag.

Die Verteidigungsministerin warf Russland unter anderem die Stationierung von Raketen vor, „die ohne große Vorwarnzeit Deutschland erreichen können“.

„Das geschah gegen geltende Rüstungskontrollverträge und im Geheimen“, äußerte sie.

Moskau hatte mehrmals die Vorwürfe zurückgewiesen, Raketen angeblich stationiert zu haben, die durch internationale Verträge verboten sein sollen.

Kritik an Russlands Truppenverlegung als „Provokation“

Zudem kritisierte die Ministerin die jüngste russische Truppenverlegung an die Grenze zur Ukraine als gezielte Provokation und lobte im Gegenteil die Reaktion der Ukraine, die sie bereits vor einigen Tagen als „besonnen“ bezeichnet hatte.

„Illiberaler, antidemokratischer Gegenpol zum Westen“

Kramp-Karrenbauer warf Russland vor, „sich immer stärker als illiberaler, antidemokratischer Gegenpol zum Westen“ zu definieren. Dieser Haltung würden andere Politikbereiche untergeordnet.

Dabei mache Moskau aktiv Gebrauch von einem Spektrum staatlicher Handlungsinstrumente, das angeblich von „ausgeklügelten Cyber-Angriffen, Waffenexporten, verdeckter und offener politischer Einflussnahme, Mordanschlägen, direktem und indirektem militärischem Engagement“ reiche, beanstandete die Ministerin.

Russische Truppenbewegungen

Im Zusammenhang mit den Besorgnissen von Kiew sowie von westlichen Ländern hinsichtlich der Verlegung von russischen Truppen in Richtung der Grenze zur Ukraine hatte Kremlsprecher Dmitri Peskow bereits vor anderthalb Wochen deutlich gemacht, Moskau werde seine Truppen an der Grenze zum Konfliktgebiet angesichts neuer Spannungen in der Ostukraine vorerst nicht abziehen.

Das russische Militär werde an der russisch-ukrainischen Grenze bleiben, solange es die „militärische Führung und der Oberbefehlshaber für angemessen halten“, äußerte er. Russland bedrohe jedoch niemanden und habe es auch nie getan, betonte Peskow.

Das russische Außenministerium ließ in Bezug darauf verkünden, die Militärmanöver, die der

Westen für besorgniserregend halte, seien routinemäßig und würden das Ausmaß nicht überschreiten, in dem die entsprechenden Militärübungen auch in den zurückliegenden Jahren durchgeführt worden seien.

Der Sprecher des russischen Staatschefs hatte auch zuvor betont, angesichts der erhöhten Aktivitäten der Nato-Länder an der russischen Grenze unternehme die Russische Föderation Truppenbewegungen innerhalb ihres Staatsgebietes in einer Weise, die sie für angemessen halte.



https://cdn.snanews.de/img/07e4/0c/0a/108115_0:0:3094:1741_1440x0_80_0_0_cece3da4f1fc3430b9e4bd2edd760ec4.jpg

vormittags:

telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 17. April 2021 wurde **eine Verletzung des Regimes der Feueereinstellung** von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

- 18:43 Uhr Swetlodarsk – **Losowoje**: Mörser 82mm (9 Mörsergeschosse).

Informationen über Verletzte unter der Zivilbevölkerung und Zerstörungen werden noch ermittelt.

snanews.de: **Bei „inakzeptablem“ Verhalten sanktionieren: Macron ruft zu entschiedenem Umgang mit Russland auf**

Frankreichs Präsident Emmanuel Macron hält es für notwendig, eine Rote Linie in den Beziehungen zu Russland zu ziehen, für deren Verletzung Sanktionen verhängt werden sollten. Nach Ansicht des französischen Staatschefs muss der Westen einen wechselseitigen Ansatz in den Beziehungen zu Moskau entwickeln.

„An erster Stelle steht der Dialog. Und ich teile die Bereitschaft Ihres Präsidenten (US-Staatschef Joe Biden – Anm. d. Red.) zum Dialog voll und ganz und bin sicher, dass der Präsident (Wladimir Putin) bereit sein könnte, den Dialog wieder aufzunehmen. Wenn wir ein System wollen, das in Bezug auf Rüstungskontrolle besser ist, wenn wir viele der heute in der Welt bestehenden Konflikte stabilisieren wollen, brauchen wir einen offenen und ehrlichen Dialog mit Russland“, zeigte sich Macron in einem Interview mit dem amerikanischen Fernsehsender CBS überzeugt.

Gleichzeitig sollte Russland bei Meinungsverschiedenheiten klare Signale bekommen.

„Und ich denke, nach inakzeptablem Verhalten sollten wir wirklich Sanktionen verhängen.

Das haben wir nach der Ukraine und nach einer Reihe von Krisen auch getan. Und ich denke, wir sollten eine Rote Linie mit Russland festlegen“, betonte der französische Staatschef.

Ebenso unterstrich er, dass Sanktionen „allein nicht ausreichen“ würden, aber sie seien ein Teil des erforderlichen Maßnahmenpakets.

In letzter Zeit haben die westlichen Staaten ihre Besorgnis in Bezug auf angeblich zunehmende „aggressive Aktivitäten“ seitens Russlands in der Ukraine zum Ausdruck gebracht. Washington sprach von einer vermutlichen Bewegung der russischen Streitkräfte auf der Krim und an der östlichen Grenze zur Ukraine.

Kreml-Sprecher Dmitri Peskow betonte in Bezug darauf, die Bewegungen der russischen Truppen auf dem Territorium Russlands sollten andere Staaten nicht beunruhigen, weil sie keine Bedrohung für diese Länder darstellen würden. Die Geschehnisse im Donbass seien ein interner ukrainischer Konflikt, an dem die russischen Truppen nie beteiligt gewesen seien. Das russische Außenministerium bekräftigte wiederum, Russland sei an keinem Konflikt mit der Ukraine und vor allem an keinem militärischen Konflikt interessiert. Moskau hofft laut dem stellvertretenden Außenminister, Andrej Rudenko, dass die Ukraine „Besonnenheit zeigt und keine Schritte unternimmt, die einen Konflikt provozieren könnten“.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/04/12/1753350_0:49:3071:1777_1440x0_80_0_0_d424d9e2331c21207f81d1a94fd37958.jpg

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 17. April 3:00 Uhr bis 18. April 3:00 Uhr

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Gesamtzahl der Verletzungen des unbefristeten Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU 7.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:

Richtung Gorlowka: Mörser 120mm – zweimal (26 Mörsergeschosse); Mörser 82mm – einmal (5 Mörsergeschosse).

Richtung Donezk: Mörser 82mm – einmal (7 Mörsergeschosse);

Schützenpanzer/Schützenpanzerwagen – einmal (10 Schüsse), Antipanzergrenatwerfer – 4 Granaten; großkalibriges Maschinengewehr – einmal; Schusswaffen – einmal.

Richtung Mariupol: automatische Granatwerfer – einmal (15 Granaten).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich folgende Bezirke/Ortschaften:

Gorlowka (Siedlung des Bergwerks 6/7), Shelesnaja Balka, Donezk (Volvo-Zentrum, Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks), Luganskoje, Leninskoje.

Die ukrainische Seite im GZKK hat all unsere Anfragen nach einem Regime der Ruhe durch einen Einsatz des Koordinationsmechanismus ignoriert.

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 67.

In den vorangegangenen 24 Stunden wurden 13 Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

snanews.de: **Geheimdienste wollen Militärputsch in Weißrussland vereitelt haben**

Der russische Inlandsgeheimdienst FSB hat gemeinsam mit weißrussischen Kollegen nach eigenen Angaben einen „Militärputsch“ in Weißrussland und einen Anschlag auf Staatschef Alexander Lukaschenko verhindert. In Moskau wurden zwei mutmaßliche Drahtzieher festgenommen.

Beide seien weißrussische Oppositionelle, einer habe auch die US-Staatsbürgerschaft, teilte der FSB am Samstag mit. Juri Sjankowitsch und Alexander Feduta seien auf Hinweis der weißrussischen Behörden nach einem Treffen in einem Moskauer Restaurant festgenommen worden, bei dem sie ihre Putschpläne besprochen hätten.

„Bei dem Treffen erklärten die Verschwörer gegenüber ‚weißrussischen Generälen‘, dass für die erfolgreiche Umsetzung ihres Plans fast die gesamte oberste Führung des Landes physisch beseitigt werden müsse“, teilte der FSB mit. Der Plan umfasste demnach auch eine Blockade der Sicherheitsbehörden in Minsk, eine Besetzung von Rundfunk- und Fernsehanstalten sowie eine „vollständige Abschaltung der Stromversorgung“ Weißrusslands.

Der weißrussische Staatssender ONT News veröffentlichte eine [19 Sekunden lange Videoaufnahme](#), die einen Teil dieses Treffen zeigen soll.

Der Umsturz sei für den 9. Mai geplant gewesen, so der FSB weiter. „Nach der Dokumentierung dieses Treffens wurden die Verschwörer von russischen Sicherheitskräften festgenommen und an die weißrussischen Partner übergeben“.

Weißrusslands Präsident Alexander Lukaschenko teilte noch am Samstagabend mit, dass die Festnahmen in Moskau auf seine persönliche Bitte hin erfolgt seien. Politikwissenschaftler Alexander Feduta und Anwalt Juri Sjankowitsch seien Mitglieder einer Gruppe gewesen, die einen Anschlag auf ihn und seine Familie geplant habe, erklärte Lukaschenko.

Nach seinen Angaben waren auch der weißrussische Oppositionspolitiker Grigori Kostussew sowie die USA in diese Pläne verstrickt. Der Chef des weißrussischen Geheimdienstes KGB, Iwan Tertel, bestätigte, dass eine organisierte Gruppe ausgehoben worden sei, die Lukaschenko und seine Familie töten sowie durch einen bewaffneten Aufstand die Macht im Land habe ergreifen wollen.

In Weißrussland gibt es seit Herbst vergangenen Jahres immer wieder Proteste gegen Langzeit-Staatschef Lukaschenko, der bei der Präsidentenwahl im August nach amtlichen Angaben mit mehr als 80 Prozent der Stimmen im Amt bestätigt wurde. Die Opposition spricht von Wahlbetrug.



https://cdn.snanews.de/img/07e4/0c/02/52578_0:141:3073:1869_1440x0_80_0_0_1d43eaf39

[cb0fa6f91d1aceff99d2be4.jpg](#)

Lug-info.com: In der LVR sind am 18. April um 9:00 Uhr 422 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt.
Davon wurden bis 3455 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen.
Seit Beginn der Pandemie gibt es 374 Todesfälle.

snanews.de: **Nicht wirksam genug: US-Behörde entzieht Corona-Medikament Bamlanivimab Notfallzulassung**

Die US-Arzneimittelbehörde FDA hat dem Antikörper-Medikament Bamlanivimab die Notfallzulassung für die Covid-19-Behandlung wieder entzogen. Es handele sich um einen vom US-Pharmaunternehmen Eli Lilly entwickelten sogenannten monoklonalen Antikörper, dessen Einsatz im November bedingt für die Behandlung von milden bis moderaten Covid-19-Erkrankungen zugelassen worden war, berichtet die Deutsche Presse-Agentur unter Berufung auf die FDA am Freitag. Nach der Auswertung weiterer Daten habe sich herausgestellt, dass Virus-Varianten gegen diesen Antikörper resistent seien und der Nutzen des alleinigen Einsatzes dieses Präparats nicht mehr größer sei als mögliche Risiken. Die Zulassungen für andere, auch kombinierte Antikörper-Präparate würden aber aufrechterhalten. In den USA sind solche Mittel schon länger im Einsatz, bei der europäischen Arzneimittelbehörde EMA laufen derzeit Prüfverfahren. Die Bundesregierung hatte Ende Januar mitgeteilt, 200.000 Dosen entsprechender Präparate für 400 Millionen Euro gekauft zu haben. Laut dem Infektiologen Clemens Wendtner von der München Klinik kommt zumindest Bamlanivimab aber in der Realität kaum in den Kliniken zum Einsatz. „Das ist nicht der Blockbuster, der ständig aus dem Apotheken-Schrank gezogen wird.“ Das Mittel dürfe nur ganz in bestimmten Patienten verabreicht werden und könne eine schwere Immunreaktion bis zum allergischen Schock auslösen. Monoklonale Antikörper werden im Labor hergestellt und sollen das Virus nach einer Infektion außer Gefecht setzen. Monoklonal bedeutet, dass die eingesetzten Antikörper alle gleich sind und das Virus an einem fest definierten Ziel angreifen.

Mzdnr.ru: Am 17. April wurden in der DVR 238 Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt, davon waren 90 positiv, bei 62 Patienten wurde die Diagnose Covid-19 klinisch gestellt. Am 18. April um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 31.405 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert. 4714 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 24.291 als gesund entlassen, es gibt 2400 Todesfälle. In den letzten 24 Stunden wurden 60 Fälle von Lungenentzündung festgestellt, 50 weniger als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 47 ins Krankenhaus eingewiesen. Insgesamt sind 1253 Patienten mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 554 mit Sauerstoffunterstützung (+13 in den letzten 24 Stunden). Im Ergebnis von 87 Express-Tests wurden 39 Patienten entdeckt, die zuvor eine Coronavirusinfektion durchgemacht haben. Insgesamt wurden seit dem 18. März 2021 1112 Patienten entdeckt, die zuvor eine Covid-19 Erkrankungen durchgemacht hatten.

de.rt.com: **Surreale Szenen in Minneapolis: Bewaffnete Nationalgardisten zwingen Frauen, aus dem Auto zu steigen**

Nachdem der Afroamerikaner Daunter Wright von einer Polizistin erschossen wurde, erlebt

die US-Stadt Minneapolis schwere Unruhen. Eine Ausgangssperre wurde verhängt. Schwer bewaffnete Polizisten und Nationalgardisten gehen gegen alle Verstöße der Ausgangssperre vor.

Nach dem Tod des 20-jährigen Afroamerikaners Daunte Wright, der am 11. April von der weißen Polizistin Kimberly Ann Potter erschossen wurde, erlebte die US-Stadt Minneapolis (Bundesstaat Minnesota) eine Reihe von gewaltsamen Ausschreitungen. Um die Lage in den Griff zu bekommen, verhängten die Behörden von Minneapolis eine Ausgangssperre zwischen 21 und 6 Uhr. Dennoch lassen sich die Demonstranten nicht davon abbringen, auf die Straßen zu gehen. Seit Montag sollen hunderte von Demonstranten festgenommen worden sein.

Auf Twitter kursieren Videos und [Aufnahmen von gestern Abend](#), die zeigen, wie Polizisten gegen eine Menge von Demonstranten vorgehen. Die Polizei kesselte die Protestler ein und rückte mit Schilden und Schlagstöcken vor.

Polizei und Nationalgarde gehen mit schwerer Bewaffnung gegen alle Personen vor, die gegen die Ausgangssperre verstoßen. Auf Twitter geht derzeit ein [Video](#) um, auf dem zu sehen ist, wie bewaffnete Nationalgardisten eine Gruppe von Frauen an einer Tankstelle festnehmen. Mit gezogener Waffe zwingen die Nationalgardisten die Frauen, ihr Auto zu verlassen und sich mit den Händen hinter dem Kopf hinzuknien.

Bislang ist wenig bekannt über die Hintergründe des Vorfalles. Aus dem Videomaterial lässt sich lediglich erkennen, dass die Frauen sich mit ihrem Auto an der Tankstelle befanden. Das Video ging seitdem viral über Twitter, auch über den Hashtag #PoliceState.

Am Freitag hatte der Minneapolis City Council eine Entscheidung gefasst, dass die städtischen Polizisten den Einsatz von Tränengas, Gummigeschossen und anderer nicht-tödlicher Munition gegen Demonstranten einschränken sollen.

Minneapolis könnten unruhige Zeiten bevorstehen. Nicht nur der Tod von Daunte Wright erhitzt die Gemüter, sondern auch das bevorstehende Urteil gegen Derek Chauvin, dem Polizisten, der wegen der Tötung von George Floyd unter Anklage steht. Floyd starb am 25. Mai 2020 ebenfalls in Minneapolis. Schon damals kam es zu schweren Ausschreitungen. In Minneapolis und zahlreichen weiteren US-Städten wurden Ausgangssperren verhängt. Es wird bei einem Freispruch von Derek Chauvin befürchtet, dass sich solche Szenen wiederholen könnten.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.04/article/607befceb480cc719d679f7b.jpg>

nachmittags:

rusvesna.su: **Die Waffen in den gesprengten Lagern in der Tschechischen Republik**

hatten interessante Adressaten – Medien

In den in der Tschechischen Republik im Komplex Vrbetice niedergebrannten Munitionsdepots, bei deren Explosion "russische Agenten" als Verantwortliche vermutet werden, gab es unter anderem Waffen für Militante in Syrien sowie für die Lieferung in die Ukraine.

Dies wird von einer Reihe tschechischer Medien berichtet.

Es sei daran erinnert, dass die Explosion am 16. Oktober 2014 in einem Waffenlager im Osten der Tschechischen Republik stattfand und zu zahlreichen Zerstörungen und zum Tod von zwei Anwohnern führte.

Fast sieben Jahre sind vergangen, und am Abend des 17. April 2021 beschuldigte die Führung der tschechischen Regierung Russland auf einer dringend einberufenen Pressekonferenz plötzlich, diese Sabotage organisiert zu haben, obwohl die Untersuchung in diesem Fall vor 6,5 Jahren durchgeführt wurde und zuvor die Beteiligung der Russischen Föderation nicht erwähnt worden war.

Laut Irozhlas gehörten die gesprengten Lagerhäuser in Vrbetice und die dort gelagerten Waffen nicht dem tschechischen Verteidigungsministerium.

Zu dieser Zeit wurden die Räumlichkeiten von einem Handelsunternehmen genutzt, das sich offiziell mit dem Waffenhandel befasst - der Imex Group. Dies war auch 2014 unmittelbar nach den Explosionen bekannt, als die tschechische Regierung berichtete, dass zum Zeitpunkt des Vorfalls Vorbereitungen für den Export der explodierten Waffen nach Bulgarien getroffen wurden.

Noch wichtiger ist jedoch, dass Bulgarien nur eine Zwischenstation war.

In einer anderen Ausgabe der Publikation wird berichtet, dass der Empfänger der Ladung das bulgarische Unternehmen Emco war. Beide Unternehmen gehören einem bulgarischen Geschäftsmann und Waffenhändler, Emilian Gebrew, der laut Presse kurz nach den Explosionen in der Tschechischen Republik auch Ziel eines Angriffs russischer Agenten gewesen sein soll: 2015 wurde berichtet, dass er angeblich zweimal mit dem Novitschok-Nervengift vergiftet wurde.

Die Publikation Respect, in der die Polizei zitiert wird, behauptet auch, dass die Waffen für die Lieferung an Gebrew vorbereitet wurden, und stellt ein wichtiges Detail fest: Gebrew war einer der Lieferanten von Militärgütern für das Innenministerium der Ukraine und die Nationalgarde, auch auf dem Höhepunkt der aktiven Phase des Konflikts in Donbass. Eine andere maßgebliche tschechische Veröffentlichung, SZ, stellt fest, dass russische Pläne die Waffenversorgung zu unterbrechen nicht nur gegen die Ukraine, sondern auch gegen Syrien gerichtet sein könnten - Gebrews Firma lieferte auch Waffen an syrische Militante, was der Russischen Föderation angeblich auch missfiel.

Armiyadnr.su: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR am 18.4.2021

In den letzten 24 Stunden, vom 17. auf den 18. April, hat der Gegner **7 Feuerprovokationen** in Verletzung des zweiten Punkts des Komplexes von Zusatzmaßnahmen zur Verstärkung und Kontrolle des geltenden Regimes der Feueereinstellung begangen.

In **Richtung Gorlowka** haben Kämpfer der 10. Brigade auf Befehl des Brigadekommandeurs Kotlik zweimal die **Siedlung des Bergwerks 6/7** beschossen und 26 Mörsergeschosse des Kalibers 120mm abgefeuert, außerdem wurde **Shelesnaja Balka** beschossen und fünf Mörsergeschosse des Kalibers 82mm abgefeuert.

In **Richtung Donezk** haben Straftruppen der 28. Brigade der BFU auf Befehl von Martschenko die **Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks** beschossen und sieben Mörsergeschosse des Kalibers 82mm abgefeuert, außerdem wurde **Luganskoje** beschossen und zehn Schüsse mit Schützenpanzern abgegeben.

Zudem haben Kämpfer der 58. Brigade vom Gebiet von Peski aus das **Gelände des Volvo-Zentrums** mit Antipanzergranatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen.

Wir stellen weiter Fälle fest, dass **die ukrainischen bewaffneten Formationen Fahrzeuge mit Symbolen des GZKK nutzen, um Kampfaufgaben im vorderen Bereich auszuführen**. So wurde am 17. April auf den Positionen der 58. Brigade in den Gebieten von Wodjanoje und Peski die Lieferung und Entladung von Munition mit einem weißen SIL-131-Fahrzeug mit der Aufschrift „GZKK“ festgestellt.

In **Richtung Mariupol** haben Kämpfer aus der 128. Brigade auf Befehl Gontscharuks aus dem Gebiet von Wodjanoje heraus **Leninskoje** mit automatischen Granatwerfern beschossen und 15 Granaten abgefeuert.

Seit Beginn des heutigen Tages wurden **vier Verletzungen des Regimes der Feueinstellung** von Seiten der ukrainischen Kämpfer festgestellt. Kämpfer der 128. Brigade haben **Sachanka** mit 120mm-Mörsern beschossen, Kämpfer der 58. Brigade haben zweimal das Feuer mit einem 82mm-Mörser und einem Unterlaufgranatwerfer auf **Wesjoloje** eröffnet und Kämpfer der 53. Brigade haben Beschuss mit Granatwerfern auf **Nowolaspa** ausgeführt.

Informationen über Verletzte unter der Zivilbevölkerung und Schäden an ziviler Infrastruktur werden noch ermittelt.

Die Verstöße wurden operativ den Vertretern der ukrainischen Seite im GZKK zur Kenntnis gegeben, um rechtzeitig Maßnahmen gegen die Schuldigen zu ergreifen und die Fälschung von Berichtsdaten über Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer zu verhindern.

Ein Versuch der Vertretung der DVR im GZKK, den Koordinationsmechanismus zur operativen Herstellung von Ruhe einzusetzen, wurde von der ukrainischen Seite im GZKK ignoriert.

Es wurde festgestellt, dass in Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen 35 Stück **Waffen und Militärtechnik der BFU in der Nähe von Wohnhäusern und kommunalen Objekten** auf dem von der Ukraine kontrollierten Territorium stationiert sind:

Aus dem Bestand der 28. mechanisierten Brigade ist eine Panzertransporter in einem Wohngebiet von Pobeda stationiert.

Bei der Kontrolle der ständigen Lagerorte für Waffen in den von Kiew kontrollierten Bezirken der Donezker Oblast hat eine Patrouille der OSZE-Mission das Fehlen von 30 T-72-Panzer und vier Mörsern M120-15 „Molot“ festgestellt.

Außerdem haben ukrainischen Kämpfer eine Station der elektronischen Kriegsführung „Bukowel-AD“ in den Gebieten von Stepanowka, Nowosjelowka, Marjinka, Krasnogorowka, Shelannoje Wtoroje, Karlowka und Perwomajskoje festgestellt, um die Entdeckung von Waffen der 10., 28., 58. und 72. Brigade der BFU durch Drohnen der OSZE-Mission zu verhindern.

Auf Befehl des Brigadekommandeurs Bogomolow haben Kämpfer der 72. Brigade eine **Drohne der OSZE-Mission im Gebiet von Werchnetorezkoje mit Schusswaffen beschossen**.

Im Verantwortungsbereich der 28. und 59. Brigade führt der Gegner Maßnahmen zur **Verstärkung von Minensperren** durch und bedroht so direkt das Leben und die Gesundheit der Bevölkerung. So haben wir die Verminung einer Örtlichkeit in unmittelbarer Nähe von Wohnhäusern und allgemeinen Straßen im Gebiet von Dolomitnoje und Marjinka mit Antipanzerminen TM-62 bemerkt.

Im Vorfeld des Treffens der Assistenten der Staatsoberhäupter der Staaten des Normandie-Formats hat das ukrainische Kommando die **Heranziehung ausländischer Massenmedien in der OOS-Zone aktiviert, um propagandistische inszenierte Videos aufzunehmen**, um die Volksmiliz der DVR der Verschärfung der Situation zu beschuldigen.

Nach Angaben unserer Quelle im Stab der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ sind am 17. April Gruppen von Journalisten von von der amerikanischen Regierung kontrollierten Medien „Nastojaschtscheje wrema“ und „Radio Swobody“ im Verantwortungsbereich der 53. und 28. Brigade eingetroffen, die Koordination der Arbeit führt der Pressedienst des Stabs der OOS aus.

In der Führung des Verteidigungsministeriums der Ukraine greift ein Skandal mit Bezug auf **Korruption bei der Versorgung der Truppen mit Lebensmitteln** um sich. Die Situation ist so ernst, dass das Komitee der Obersten Rada zu Fragen der nationalen Sicherheit sich an den Verteidigungsminister Taran mit der Empfehlung gewandt hat, die Frage zu behandeln, ob der stellvertretende Verteidigungsminister Chalimon für seine Position geeignet ist.

Nach Angaben des Komitees hat die von Chalimon organisierte Versorgung der ukrainischen Armee mit Lebensmitteln dazu geführt, dass die in die Truppen gelieferten Lebensmittel nicht für den Verzehr geeignet sind, weil sie mit abgelaufenem Mindesthaltbarkeitsdatum oder geringer Qualität gekauft wurden. Gleichzeitig haben alle Lebensmittel nach den Dokumente die erste Kategorie und die höchste Qualitätsbewertung.

In der Kette vom Kauf bis zur Lieferung der Lebensmittel an einen konkreten Soldaten sind neben dem stellvertretenden Verteidigungsminister eine Reihe von Funktionsträgern beteiligt, die für ihre Unterschrift in den entsprechenden Dokumenten enorme „Rückläufe“ erhalten. Die Rede ist von solchen militärischen Leitern wie dem obersten Kommandeur der ukrainischen Streitkräfte Chomtschak, dem Kommandeur der Vereinigten Kräfte Najew und dem Kommandeur der OOS Krawtschenko. Aber alle Probleme mit der nicht zufriedenstellenden Lebensmittelversorgung hat die ukrainische Generalität auf Chalimon geschoben, um die öffentliche Resonanz, die von zahlreichen Beschwerden von Soldaten von der „Front“ provoziert wurden, ein wenig abzdämpfen.

snanews.de: **Dürfen sie nicht schutzlos zurücklassen: AKK will afghanische Ortskräfte nach Deutschland holen**

Angesichts des geplanten Abzugs aus Afghanistan will die deutsche Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer auch einheimische Mitarbeiter der Bundeswehr vereinfacht und schnell nach Deutschland holen.

Diese Menschen dürften nicht schutzlos zurückgelassen werden, argumentiert die CDU-Politikerin.

„Wir reden hier von Menschen, die zum Teil über Jahre hinweg auch unter Gefährdung ihrer eigenen Sicherheit an unserer Seite gearbeitet, auch mitgekämpft haben und ihren persönlichen Beitrag geleistet haben“, sagte Kramp-Karrenbauer der Deutschen Presse-Agentur in einem Interview.

Innerhalb der Bundesregierung liefen darüber bereits Gespräche. „Ich empfinde es als eine tiefe Verpflichtung der Bundesrepublik Deutschland, diese Menschen jetzt, wo wir das Land endgültig verlassen, nicht schutzlos zurückzulassen“, betonte die Verteidigungsministerin. Es sei nicht nur eine Verpflichtung der Bundeswehr, sondern aller internationalen Kräfte, die vor Ort waren, für die Sicherheit der Mitarbeiter zu sorgen. „Ich bin der Auffassung, dass wir uns das in der Bundesregierung sehr genau anschauen müssen, und da weiß ich mich auch einig insbesondere mit dem Auswärtigen Amt“, so die Verteidigungsministerin. Auch mit Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) berate sie.

Das deutsche Einsatzkontingent „Resolute Support“ beschäftigt derzeit rund 300 Ortskräfte. Das Innenministerium teilte laut „Welt am Sonntag“ mit, dass sich die Bundesregierung „ihrer besonderen Verantwortung gegenüber den afghanischen Ortskräften bewusst“ sei. Bis zum 1. Mai soll der Nato-Abzug aus Afghanistan beginnen. Das entschied das Bündnis am Mittwoch. Die Bundeswehr soll schon bis Mitte August abgezogen werden.

Ein Verfahren für die Aufnahme der sogenannten Ortskräfte gibt es bereits, allerdings gibt es laut DPA noch eine Reihe strittiger Fälle und nun eine neue Lage. Seit Beginn des

Ortskräfteverfahrens im Jahr 2013 wurden nach Angaben des Verteidigungsministeriums 781 Ortskräfte in Deutschland aufgenommen.



https://cdn.snanews.de/img/07e5/04/12/1755372_0:118:3077:1849_1440x0_80_0_0_6de3141ded052c1a60d73857a356aacd.jpg

rusvesna.su: **Kompletter Bruch mit den USA? Russland verlässt das ISS-Projekt**

Es wurde gerade bekannt, dass sich Russland in vier Jahren vom Projekt der Internationalen Raumstation (ISS) zurückziehen wird. Und in naher Zukunft wird es beginnen, eine neue Orbitalstation zu schaffen - diesmal nicht international, sondern national.

Dies erklärte der stellvertretende Ministerpräsident der Russischen Föderation, Juri Borisow, im Programm „Moskau. Der Kreml. Putin“.

Er stellte klar, dass diese Entscheidung bei einem Treffen mit Präsident Putin am 12. April, dem Tag der Kosmonautik, getroffen wurde.

„Russland plant die Schaffung einer eigenen nationalen Raumstation. Die ISS ist ernsthaft veraltet, und die Regierung schlägt vor, im Voraus mit ausländischen Partnern zu sprechen“, fasste Borisow zusammen.

Roskosmos kommentierte die Situation ebenfalls und erklärte, dass die ISS-Module ihre Ressourcen erschöpft hätten.

Nach Angaben des Pressedienstes des Staatsbetriebes wird die Station bis 2024 in Betrieb sein, die Aussichten für eine internationale Zusammenarbeit sollen jedoch während der Verhandlungen festgelegt werden.

„Dies betrifft natürlich vor allem die äußerst angespannten Beziehungen zwischen Moskau und Washington, die die Zusammenarbeit in einem Bereich wie dem Weltraum beeinflussen können.“

„Wir haben eine Laufzeit der Station, die mit unseren Partnern bei der ISS vereinbart wurde - 2024. Nach diesem Zeitraum wird die Entscheidung auf der Grundlage des technischen Zustands der Stationsmodule getroffen, deren Lebensdauer größtenteils abgelaufen ist, sowie unserer Pläne, eine nationale Orbitalstation der neuen Generation einzusetzen.

Wenn wir eine Entscheidung treffen, werden wir nach 2024 Verhandlungen mit unseren Partnern über die Bedingungen und Formen der Interaktion aufnehmen“, zitierte RIA Novosti den Pressedienst von Roskosmos.



https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/origin_wm/public/rossiyskaya_orbitalnaya_stanciy_a.jpg

Mil-Inr.info: Erklärung eines Vertreters der Volksmiliz der LVR

Nach Angaben von Beobachtern der Vertretung der LVR im GZKK wurde in den letzten 24 Stunden **eine Verletzung des zweiten Punkts der Zusatzmaßnahmen** zur Verstärkung und Kontrolle des geltenden Regimes der Feueinstellung festgestellt.

In **Richtung Debalezwo** haben Kämpfer der 59. Brigade auf Befehl von Schapowalow von den Positionen im Gebiet von Swetlodarsk aus **Losowoje** mit 82mm-Mörsern beschossen und 9 Geschosse abgefeuert.

Informationen über Verletzte unter der Zivilbevölkerung und Schäden an ziviler Infrastruktur werden noch ermittelt.

Im Vorfeld des Treffens der politischen Berater der Staatsoberhäupter des „Normandie-Formats“ setzt das ukrainische Kommando vorsätzlich auf Provokationen.

Gestern wurde auf persönlichen Befehl des Kommandeurs der 92. Brigade Fedossenko der erste Punkt des Komplexes von Zusatzmaßnahmen zur Einhaltung des Waffenstillstands verletzt. Eine Mannschaft für elektronische Kriegsführung der Volksmiliz hat unter Einsatz einer Blockadestation „Triton-M1“ einen **Drohne „Phantom-4“ mit daran befestigtem Geschoss entdeckt und abgefangen**, die sich von Popasnaja in Richtung Perwomajsk befewete. Die Kampfdrohne wurde zum Landen gezwungen, das Foto- und Videomaterial vom Datenträger der Drohne wird von unseren Spezialisten untersucht.

Diese Fälle wurden operativ den Vertretern der ukrainischen Seite im GZKK zur Kenntnis gegeben, um Maßnahmen zu ergreifen und Beschuldigungen der Volksrepublik in Bezug auf Provokationen auszuschließen. ...

In den letzten 24 Stunden wurde ein weiterer Fall festgestellt, dass ein Zivilist auf eine Sprengeinrichtung geriet.

Unter Missachtung der Sicherheitsbestimmungen sowie der Warnung über Minengefahr geriet ein Mann, geb. 1972, der entlang des Sewerskij Donez im Gebiet von Nowokiewka ging, auf eine unbekannte Sprengeinrichtung. Nach vorläufigen Angaben ging eine Sprengeinrichtung los, die aus der Ferne von Soldaten der 80. Brigade installiert worden war.

Wir rufen die internationalen Beobachter auf, ihre Aufmerksamkeit auf die unmenschlichen Methoden zu richten, die von Einheiten der ukrainischen Streitkräfte eingesetzt werden, was die ungeordnete Verminung von Flussufern, Straßen, Äckern betrifft, worunter die Bevölkerung sowohl auf dem von der ukrainischen Regierung kontrollierten Territorium als auch in der LVR leidet.

Nachdrücklich empfehlen wir den Einwohnern der Republik äußerst wachsam und vorsichtig zu sein! Minengefahrzeichen zu passieren, ist kategorisch verboten! Beim Entdecken verdächtiger Objekte, die Sprengeinrichtungen sein könnten, berühren Sie diese auf keinen Fall, gehen Sie auf einen sicheren Abstand und informieren sie die Notfalldienste und lassen Sie vor dem Eintreffen von Spezialisten niemanden dorthin. ...

de.rt.com: **Aufklärung unerwünscht: OSZE bestätigt Beschuss und Signalstörung ihrer Drohnen durch Ukraine**

Während Bundesverteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer die militärische Verstärkung der russisch-ukrainischen Grenze als gezielte Provokation verurteilt, bestätigt die OSZE-Mission in der Ukraine den Beschuss ihrer Mini-Aufklärungsdrohnen.

Seit Wochen nehmen die Spannungen in der Ostukraine zu. Sowohl die ukrainischen Streitkräfte als auch die Milizen der nach dem Putsch im Februar 2014 ausgerufenen Volksrepubliken von Donezk und Lugansk beklagen Todesopfer in ihren Reihen. Zuletzt schaffte es sogar der tragische Tod eines vierjährigen Jungen durch einen mutmaßlichen Drohnenangriff der ukrainischen Armee kurzzeitig in die Schlagzeilen der deutschen Medien, bevor die Meldungen über russische Truppenverlegungen an die Grenze zur Ukraine wieder Überhand nahmen.

Am Samstag sagte Bundesverteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) bei den Königsbronner Gesprächen der Konrad-Adenauer-Stiftung dazu:

"Wer auf die Bedrohung hinweist, ist nicht anti-russisch. Wer darauf hinweist, spricht eine wichtige politische Tatsache an und betreibt aktive Sicherheitsvorsorge für unser Land und für Europa."

Die Ministerin sprach dabei der Ukraine jegliche Verantwortung an der Entwicklung im Donbass ab und meinte stattdessen, dass "wir uns gemeinsam mit der Ukraine nicht auf dieses russische Spiel einlassen wollen".

Aufklärung der OSZE-Mission an der Front unerwünscht

Was Kramp-Karrenbauer aber unerwähnt lässt, sind die Angriffe der ukrainischen Seite auf die Mini-Drohnen der OSZE-Mission in dem osteuropäischen Land, mit welchen Truppenbewegungen und Stellungen an der Front dokumentiert werden sollen.

So heißt es beispielsweise in dem OSZE-Bericht vom 16. April, dass auf zwei solche Mini-Drohnen in der Nähe von Pobeda und Marinka - zwei Ortschaften auf dem Gebiet unter Regierungskontrolle - mit Kleinfeuerwaffen geschossen wurde. Die beiden Geräte konnten sicher gelandet werden und die OSZE-Teams verließen daraufhin das Gebiet, heißt es in dem Bericht weiter.

Aber auch Langstrecken-Aufklärungsdrohnen der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, die im Gegensatz zu ihren Mini-Gefährten im höheren Luftraum operieren, werden zum Ziel von Angriffen. Zwar nicht durch Beschuss, sondern durch elektronische Störsender, die das GPS-Signal der unbemannten Fluggeräte beeinflussen. So konnte laut dem Bericht eine Aufklärungsdrohne am Abend des 15. April erst gar nicht von ihrer Basis in Stepanivka starten, weil die GPS-Übertragung bereits durch "Jamming" gestört wurde und daraufhin der Abflug abgesagt wurde.

Die OSZE beklagt auch die elektronische Störung von Mini-Drohnen über dem Gebiet der Volksrepubliken.

US-Botschaft in Kiew: Ukrainische Streitkräfte gehören zu "fähigsten und kampfbereitesten in Europa"

Während die Dokumentation von Verlegung von Truppen und schwerem Kriegsgerät der ukrainischen Armee an die Kontaktlinie im Donbass offensichtlich nicht erwünscht ist, kommentiert die US-Botschaft in Kiew die Aufrüstung und Ausbildung derselbigen in allerhöchsten Tönen.

Die ukrainischen Streitkräfte "gehören heute zu den fähigsten und kampfbereitesten in

Europa", und die USA sind "stolz darauf, diese beeindruckende Entwicklung zu unterstützen", heißt es in dieser Erklärung auf Twitter.

Unterdessen rief Helga Schmid, Generalsekretärin der OSZE, die Konfliktparteien dazu auf, zum Dialog zurückzukehren und Spannungen abzubauen. Insbesondere die zahlreichen Vergehen gegen die nur noch auf dem Papier bestehende Waffenruhe seien besorgniserregend.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.04/article/607bf79348fbef07691fd613.jpg>

de.rt.com: **Russisches Außenamt bekundet entschiedenen Protest gegen Ausweisung von Diplomaten aus Tschechien**

Das russische Außenministerium hat am Sonntag die Ausweisung von 18 russischen Diplomaten aus Tschechien als eine "beispiellose Entscheidung" bezeichnet. Wie es in der entsprechenden Erklärung der diplomatischen Behörde in Moskau hieß, sei der Vorwand, wonach russische Geheimdienste in die Explosionen in einem Munitionslager in Vrbětice im Jahr 2014 verwickelt gewesen seien, grundlos und erfunden.

"Dies ist umso absurder, weil die tschechische Führung zuvor die Schuld an den Explosionen den Eigentümern dieses Munitionslagers gegeben hat."

Moskau bezeichnete den "feindseligen" Schritt Prags als Fortsetzung einer Reihe von antirussischen Aktionen, die das EU-Land in den letzten Jahren unternommen hatte. Die russischen Diplomaten sahen darin auch eine US-amerikanische Spur.

"In ihrem Wunsch, den USA vor dem Hintergrund der jüngsten US-Sanktionen gegen Russland gefällig zu sein, haben die tschechischen Behörden in diesem Punkt sogar ihre Herren aus Übersee überboten."

Das russische Außenministerium drückte einen entschiedenen Protest aus und kündigte Gegenmaßnahmen an, die "die Autoren dieser Provokation dazu zwingen werden, sich der ganzen Verantwortung für die Zerstörung der Grundlage einer normalen Entwicklung der Beziehungen zwischen unseren Ländern bewusst zu werden".

Am Samstag hatten Premierminister Andrej Babiš und der interimistische Außenminister Jan Hamáček auf einer gemeinsamen Pressekonferenz in Prag die Ausweisung von 18 russischen Diplomaten bekannt gegeben. Sie warfen Russland vor, in die Explosionen des Munitionslagers in Vrbětice in der Region Zlín im Jahr 2014 verwickelt gewesen zu sein, bei denen zwei Menschen ums Leben gekommen waren und ein hoher Sachschaden entstanden war.

Die tschechische Polizei veröffentlichte zudem Fahndungsfotos von zwei Tatverdächtigen. Die Bilder zeigten zwei Russen, die bereits in Zusammenhang mit einem mutmaßlichen Nervengift-Anschlag auf den früheren Doppelspion Sergei Skripal in Großbritannien im Jahr 2018 zur Fahndung ausgeschrieben worden waren. Nach einem Bericht des Magazins Respekt

seien die beiden mutmaßlichen Spione des russischen Geheimdienstes GRU Mitte Oktober 2014 sechs Tage lang in Tschechien gewesen. Sie hätten dabei auch die Region Zlín besucht. Ein Teil der Güter aus dem Munitionslager sei für die Ukraine bestimmt gewesen.



<https://cdn.rtt.com/deutsch/images/2021.04/article/607c2cffb480cc35b602c842.jpg>

abends:

snanews.de: **Moskau lädt tschechischen Botschafter vor**

Einen Tag nach der Entscheidung Prags, 18 russische Diplomaten auszuweisen, denen Verwicklung in die Explosion in einem Munitionslager im Jahr 2014 vorgeworfen wird, hat das Außenministerium in Moskau den tschechischen Botschafter einbestellt.

Zuvor hatte Moskau einen scharfen Protest gegenüber den tschechischen Behörden zum Ausdruck gebracht und Gegenmaßnahmen angekündigt. Allerdings präzisierte das russische Außenministerium vorerst nicht, um welche Maßnahmen es sich genau handelt.

"Es war wichtig, auf derartige Schritte klar zu antworten, die konkrete Umsetzung dieser Entscheidung erwartet sie (die tschechische Seite — Anm. d. Red.), glaube ich, in der nächsten Zukunft", so die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa.